

Initiativantrag

der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Ausbildung statt Abschiebung

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass Asylwerberinnen und Asylwerber während des laufenden Asylverfahrens in Mangelberufen eine Lehre absolvieren können und während der Lehr-Ausbildung nicht abgeschoben werden dürfen.

Begründung

Die Bundesregierung hat unter Federführung des Innenministeriums den so genannten „Hundstorfer-Erlass“ aus dem Jahr 2012, wonach Asylwerberinnen und Asylwerber in Mangelberufen eine Lehr-Ausbildung absolvieren dürfen, aufgehoben. Die Zusicherung, dass zumindest jene Asylwerberinnen und Asylwerber, die bereits eine Lehre absolvieren, nicht abgeschoben werden sollen, wurde bedauerlicherweise nicht eingehalten und zurückgezogen. Diese Entscheidung wird von den Abgeordneten des Oö. Landtags sowohl menschlich als auch wirtschaftlich für falsch erachtet.

Fast 1000 Unternehmerinnen und Unternehmer, 95 Gemeinden mit 2,7 Mio EinwohnerInnen - davon ein Großteil aus Oberösterreich - und mehr als 61.000 Privatpersonen haben sich überparteilich in der Initiative „Ausbildung statt Abschiebung“ zusammengeschlossen, um eine Lösung der Vernunft zu finden. Auch der Landeshauptmann von Oberösterreich, Thomas Stelzer, hat gegenüber der APA bedauert, dass „keine Lösung mit Hausverstand“ gefunden wurde.

Die Umsetzung der Kernforderungen von „Ausbildung statt Abschiebung“ - keine Abschiebungen während der Ausbildung, Umsetzung des deutschen 3plus2-Modells und weiterhin Zugang für Asylwerberinnen und Asylwerber zur Lehre - würde allen nützen: sinnvolle Integration wird vorangetrieben, der Lehrstellenmangel verringert und damit der Wirtschaftsstandort abgesichert und insgesamt profitiert damit unsere Gesellschaft insgesamt. Auch das Landesbudget wurde durch Asylwerberinnen und Asylwerber in der Lehre um jährlich 2 Millionen an Kosten für die Grundversorgung entlastet.

Aus all diesen Gründen appellieren die Abgeordneten des Oö. Landtags an die Bundesregierung, ihre Entscheidung zu überdenken und eine Lösung mit Hausverstand zu finden, die ermöglicht, dass Asylwerberinnen und Asylwerber nicht von ihrem Arbeits- und Ausbildungsplatz abgeholt und abgeschoben werden und die ermöglicht, eine Lehre auch während des laufenden Asylverfahrens absolvieren zu dürfen. Nur so kann die Herausforderung Integration gelingen.

Linz, am 18. September 2018

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Buchmayr, Böker, Hirz, Mayr, Kaineder, Schwarz

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Makor, Rippl, Müllner, Schaller, Promberger